

Abstimmung – Vote
 Für den Antrag der Kommission
 Für den Antrag Borel François

77 Stimmen
 45 Stimmen

auf der Einnahmeseite die Sparmassnahmen nicht unterlaufen werden und die Sanierung nur auf der Ausgabenseite erfolgen soll.

Die bürgerlichen Fraktionen haben mit verschiedenen Vorfällen klargemacht, dass sie auf der Einnahmeseite noch weiter nach unten korrigieren möchten. Ich habe gestern auf die CVP-Motion (92.3599, Verbesserung der Rahmenbedingungen) hingewiesen, die in der ersten Sessionswoche überwiesen worden ist. Mit Punkt 5 dieses Vorfalles (als Postulat überwiesen) würde der Bund bei der Kapitalbeschaffung 200 bis 250 Millionen Franken verlieren. Das ist eine Größenordnung von Einnahmenausfall, die nicht übersehen werden darf. Ich sehe nicht ein, weshalb da keine ähnliche Barriere vorgesehen werden sollte wie bei den Ausgaben, wenn wir schon von Finanzdisziplin sprechen.

Die Stimmünger und Stimmüngerinnen haben vor kurzem der Mehrwertsteuer zugestimmt, einer Steuer, die eine beträchtliche Verschiebung der Steuern von der Industrie zu den einzelnen Verbrauchern und Verbraucherinnen gebracht hat. Es geht nicht an, dass wir nun einseitig weitere Steuergeschenke ins Auge fassen. Es ist für uns deshalb sehr wesentlich, dass Buchstabe c auf der Einnahmeseite in der Vorlage bleibt.

Wird Buchstabe c gestrichen, wird sich die geschlossene SP-Fraktion gegen diese Vorlage wenden. Wir sind nicht bereit, eine Ausgabenbremse ohne Buchstabe c zu akzeptieren.

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.078

Sanierungsmassnahmen 1993

Mesures d'assainissement 1993

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 2361 hiervor – Voir page 2361 ci-devant

Entwurf B, Art. 88 Abs. 2 Bst. c
Projet B, art. 88 al. 2 let. c

Bührer Gerold, Sprecher der Minderheit: Es ist der starken Minderheit von immerhin 10 Kommissionsmitgliedern klar, dass finanzpolitisch beide Seiten, die Einnahmeseite und die Ausgabenseite, in die Betrachtungen und in notwendige Massnahmen einbezogen werden müssen. Es geht uns, der Minderheit, auch nicht darum, die Verantwortung auf der Einnahmeseite abzuschieben, sondern es ist unser Anliegen – was immer Sie bezüglich der Ausgabenbremse gestimmt haben –, dass Litera c aufgrund der Systematik und aufgrund von übergeordneten Aspekten nicht in diesen Artikel hineingehört.

Weshalb? Die Ausgabenbremse ist in der Vergangenheit aufgrund der mangelnden Disziplin des Parlaments auf der Ausgabenseite geschaffen worden. Das ist die eine Überlegung. Die andere, die mir wesentlich scheint, ist, dass auf der Ausgabenseite die Stimmberchtigten in wesentlichen Belangen von der Mitsprache ausgeschlossen sind. Wir steuern einen grossen Teil der Ausgaben über einfache Bundesbeschlüsse; ein grosser Ausgabenteil ist gebunden, und die Stimmberchtigten können nicht mitsprechen.

Auf der Einnahmeseite sieht die Sache staatspolitisch anders aus; das ist auch der Grund für dieses Instrument der Ausgabenbremse. Auf der Einnahmeseite unterliegen die ins Gewicht fallenden Einnahmen entweder dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum, d. h., dass auf der Einnahmeseite, wenn es um wesentliche Beträge geht, der Souverän das letzte Wort hat. Von daher betrachtet können wir die Ausgaben und die Einnahmen mit Bezug auf die Ausgabenbremse eben nicht als gleichwertig betrachten.

Ich ersuche Sie daher, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Die Einnahmeseite gehört aus staatspolitischer Sicht nicht in dieses Paket. Wir halten es auch politisch nicht für notwendig, weil es jetzt mit diesem Instrument darum geht, eine Disziplinierung auf der Ausgabenseite zu erreichen, und – ich wiederhole es – weil auf der Einnahmeseite die Volksrechte ja gewahrt sind und der Souverän in der Regel das letzte Wort hat.

Frau Leemann: Es ist zur Ausgabenbremse immer wieder gesagt worden, dass es sich um eine wesentliche Zeichensetzung handle, um die Absichtserklärung dieses Parlaments, dass es sich künftig disziplinierter verhalten werde. Gerade aus diesem Grund ist Buchstabe c, die Einnahmeseite, genauso wichtig. Das Entscheidende ist nicht – wie Herr Bührer Gerold gesagt hat –, ob im Anschluss an einen Beschluss eine Volksabstimmung möglich ist oder nicht. Entscheidend ist der Wille des Parlaments.

Die SP-Fraktion ist bereit, zu diesen Sparmassnahmen beizutragen, sie mitzutragen, auch wenn sie im Einzelfall durchaus schmerhaft sind. Aber diese Bereitschaft setzt voraus, dass

Fischer-Hägglingen, Berichterstatter: Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass wir nicht nur bei den Ausgaben Disziplin zeigen sollten, sondern auch bei den Einnahmen. Das Parlament soll sich, wenn es Beschlüsse zu fassen hat, die die Einnahmen mindern, immer Rechenschaft geben, dass auch hier der Gesamtzusammenhang gesehen werden muss. Vor allem soll die finanzpolitische Lage des Bundes in Betracht gezogen werden. Das kann besser erreicht werden, wenn hier ein Quorum besteht. Darum hat die Mehrheit der Kommission der Fassung des Bundesrates zugestimmt, wobei eine gewisse Präzisierung im Text der Kommission vorgenommen wird.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

M. Borel François, rapporteur: Hier, à une majorité relative de 90 voix, vous avez décidé d'exiger désormais pour toute nouvelle dépense une majorité absolue de 101 voix dans cette Chambre.

La logique veut que l'on fasse de même pour les recettes auxquelles on renoncerait. Il est clair que, dans tout le débat, il a été fait allusion au fait que le Parlement n'était pas toujours très sage, pas toujours très raisonnable et qu'il pouvait faire, en particulier la dernière année de la législature, un certain nombre de cadeaux électoraux inconsidérés. Les cadeaux électoraux peuvent être des dépenses inconsidérées, ils peuvent être aussi des cadeaux fiscaux inconsidérés. Nous devons faire la part des choses: prendre les mêmes mesures de restriction à l'égard des dépenses nouvelles ou des recettes auxquelles nous renoncerions.

Je vous invite donc, au nom de la majorité de la commission, à ne pas suivre la minorité de la commission et à refuser sa proposition en maintenant la lettre c.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Es ist bereits dargestellt worden: Die Finanzen kann man auf unterschiedliche Art und Weise sanieren. Man kann destabilisieren, man kann zu viele Ausgaben tätigen, man kann aber auch auf Einnahmen verzichten. Diese beiden Dinge sollten bei der Ausgabenbremse im Gleichgewicht sein, auch wenn dann die Bezeichnung «Ausgabenbremse» nicht mehr ganz zweckdienlich wäre. Aber im Prinzip gehören die beiden Dinge zusammen.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit
 Für den Antrag der Mehrheit

68 Stimmen
 56 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3
Angenommen – Adopté

Ziff. II
Antrag der Kommission
Abs. 1

Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit
(Raggenbass, Borel François, Bühler Simeon, Hafner Rudolf, Leemann, Oehler, Ruckstuhl, Theubet, Weder Hansjürg)
Dieser Beschluss ist auf fünf Jahre befristet. Er untersteht

Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II
Proposition de la commission

Al. 1
Majorité

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minorité
(Raggenbass, Borel François, Bühler Simeon, Hafner Rudolf, Leemann, Oehler, Ruckstuhl, Theubet, Weder Hansjürg)
Le présent arrêté a une durée limitée à cinq ans dès son entrée en vigueur. Il est soumis

Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abs. 1 – Al. 1

Raggenbass, Sprecher der Minderheit: Wir sehen uns mit den höchsten Defiziten aller Zeiten konfrontiert. Wir befinden uns finanziell in einer ausserordentlichen Situation. Ausserordentliche Lagen erfordern ausserordentliche Massnahmen. Die Ausgabenbremse ist eine ausserordentliche Massnahme, zumal sie im Rahmen eines Sanierungspaketes eingeführt werden soll. Angesichts der dramatischen Verschlechterung des Bundeshaushalts sind heute und jetzt – ich betone: heute und jetzt – erhebliche neue Ausgaben sachlich und politisch nur zu vertreten, wenn sie sich auf breiten Konsens abstützen. Die Ausgabenbremse ist jedoch staatspolitisch äusserst bedenklich. Finanzielle Aspekte werden stärker gewichtet als sachliche. Diese Privilegierung ist in keiner Art und Weise gerechtfertigt. Sie stellt eine klare Bevormundung des Parlamentes dar und ist kein Ruhmesblatt für uns selbst.

Wie von Herrn Darbellay zutreffend ausgeführt, benachteiligt die Ausgabenbremse finanz- und bevölkerungsschwache Kantone sowie Minderheiten. Sie ist ein Machtinstrument für die Grossen. Auf der andern Seite ist eine Besinnungspause notwendig, um unsere freie Demokratie durch die Finanzschwierigkeiten zu bringen. Mit der Ausgabenbremse dokumentieren wir unseren Sparwillen gegenüber dem Volk. Besinnungspause heisst Befristung.

Zu Recht hat Kollege Bührer Gerold auf den Volkswillen früherer Jahre hingewiesen. Das Volk hat in der Tat Ausgabenbremsen in den fünfziger und in den siebziger Jahren zugestimmt. Herr Bührer hat jedoch verschwiegen, dass die Ausgabenbremse beide Male befristet war und – was meines Erachtens ebenfalls wichtig ist – nachher nicht mehr verlängert wurde. Das Volk will also eine Befristung. Gegen die Befristung wird immer, auch von bundesrätlicher Seite, argumentiert, dass ein qualifiziertes Mehr für Ausgabenbeschlüsse gerade in Hochkonjunkturjahren mit guten Haushaltsergebnissen wichtig sei. Es mag zutreffen, dass dann am meisten gespart werden könnte. Wenn es jedoch allen gutgeht, kann auch der Staat grosszügiger sein.

Die Ausgabenbremse ist nur als flankierende Massnahme zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichts vertretbar. Ist das Gleichgewicht erreicht, ist es wiederhergestellt, dann ist diese staatspolitisch äusserst bedenkliche Massnahme nicht mehr gerechtfertigt. Auch wenn diese Ausgabenbremse schon oft Gegenstand von Beratungen war und teilzeitlich auch in Rechtskraft erwachsen ist, betreten wir mit der jetzigen Formulierung Neuland.

Zum einen: Die massgebliche Litera a von Artikel 88 Absatz 2 – es gibt ja nur noch diese – spricht von «neuen einmaligen» und «neuen wiederkehrenden» Ausgaben. Die Abgrenzung zwischen neuen und gebundenen Ausgaben ist äusserst heikel. Im übrigen kennt das Finanzhaushaltrecht des Bundes diese Differenzierung bis zum heutigen Tage nicht. Trotz grosser bundesgerichtlicher Kasuistik zum kantonalen Recht – im Bundesrecht gibt es diese Differenzierung ja, wie gesagt, nicht – ist die Rechtsprechung nicht konsistent, nicht detailliert nachvollziehbar. Gerade in den häufigen Fällen, in denen das Parlament auf Gesetzesstufe dem Grundsatz nach Ansprüche schafft, der Bundesrat aufgrund einer Kompetenznorm die Subventionsvoraussetzungen regelt und das Parlament in der Folge den Verpflichtungskredit spricht, ist die Abgrenzung zwischen neuen und gebundenen Ausgaben kaum mehr möglich.

Zum andern: Das qualifizierte Mehr, also die Ausgabenbremse, ist erforderlich, wenn einzelne Bestimmungen von Gesetzen und allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen Ausgaben von 2 beziehungsweise 20 Millionen Franken vorsehen. Ich gehe davon aus – ich bitte Herrn Bundesrat Stich, darüber noch zu referieren –, dass bewusst die Formulierung «vorsehen» und nicht «zur Folge haben» gewählt worden ist. Die einzelne Bestimmung muss sich also über die finanziellen Folgen aussprechen. Wie von Frau Leemann zu Recht festgehalten, würden sich sonst die finanziellen Folgen einer Massnahme häufig nur grob abschätzen lassen. Ueber die Notwendigkeit des qualifizierten Mehrs könnten verschiedentlich langwierige, unfruchtbare Diskussionen entstehen. Konsequenz: Mit der neuartigen Bestimmung müssen Erfahrungen gesammelt werden. Es rechtfertigt sich nicht, sie im ordentlichen, unbefristeten Verfassungsrecht zu verankern. Sie ist befristet ins Uebergangsrecht aufzunehmen. Die formale Korrektur kann der Redaktionskommission überlassen werden. Hat sich die Norm dereinst bewährt und ist sie weiterhin notwendig, kann sie durch Volkswillen verlängert werden. Ich bitte Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Fischer-Hägglingen, Berichterstatter: Wenn man Behauptungen, die nicht wahr sind, immer wiederholt, so werden sie nicht wahrer. Es wird jetzt immer so getan, als ob diese Ausgabenbremse eine Bevormundung des Parlaments sei. Das Parlament kann selber entscheiden, wie es abstimmen will und welche Mehrheiten für seine Beschlüsse notwendig sind. Hier ist das Parlament frei; es kann heute darüber entscheiden, dass es in Zukunft bei solchen Ausgaben eben ein qualifiziertes Mehr und nicht ein einfaches, zufälliges Mehr braucht. Man kann wirklich nicht von einer Bevormundung sprechen.

Die Finanzen werden auch in Zukunft eine zentrale Grösse für unsere ganze politische Tätigkeit sein. Es hat wenig Sinn, wenn wir uns grosse politische Ziele vornehmen und zukunftsgerichtete Objekte beschliessen, ohne dass die Finanzen vorhanden sind. Darum ist es notwendig, dass wir in diesem Rat in Zukunft wieder finanzielle Sensibilität entwickeln. Darum bitte ich Sie, diese Befristung abzulehnen.

Sie ist aber auch aus rein praktischen Ueberlegungen abzulehnen. Es braucht nun für diese Verfassungsbestimmung eine Volksabstimmung. Wir müssten also die ganze Abstimmung durchführen, und dann wäre die ganze Geschichte nach fünf Jahren wieder vorbei.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eben nicht voraussehbar ist, wann der Bund gut oder schlecht bei Kasse ist. Wir haben gesehen, dass Veränderungen plötzlich eintreten können, wie in den letzten drei Jahren. Zu einem solchen Zeitpunkt hätten wir dann diese Ausgabenbremse wieder nicht, und wir müssten uns in diesem Saal wieder mühsam zusammenraufen, um dem Volk eine gleichlautende Vorlage zu unterbreiten. Darum bitte ich Sie, auf diese Befristung zu verzichten und dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

M. Borel François, rapporteur: Ce frein aux dépenses doit-il rester en permanence dans notre constitution ou ne doit-il avoir une durée de vie que de cinq ans? La majorité de la commission vous recommande d'en faire un article constitutionnel permanent.

En tant que cosignataire de la minorité, je dirai, cependant, que cette permanence a été voulue par une majorité de la commission alors que le projet était équilibré et que la lettre c de l'article 88 alinéa 2 figurait dans le frein aux dépenses. Je ne suis pas sûr que le résultat aurait été le même si nous avions déjà supprimé la lettre c en commission.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Raggenbass abzulehnen. Es ist richtig: Die Bundesfinanzen befinden sich in einer dramatischen Situation, und wir treffen deshalb dringende Massnahmen zur Sanierung. So haben Sie heute das zweite Sanierungspaket, das Sanierungspaket 1993, zu behandeln, und wir haben in diesem Jahr auch zwei Steuererhöhungen durchgeführt: die Benzinzollerhöhung und die Umstellung auf die Mehrwertsteuer mit erhöhtem Satz. Das sind dringende Massnahmen.

Hier, bei der Ausgabenbremse, geht es darum, in Zukunft zu verhindern, dass wir in das gleiche Schlamassel kommen. Wenn Sie zurückblicken, Herr Raggenbass, dann stellen Sie fest, was das Parlament in der «Schönwetterperiode» angerichtet hat, vor allem 1991. Damals sind die Ausgaben explodiert, damals hat man gemeint, man könne sich alles und jedes leisten.

Wir brauchen nicht für die nächsten fünf Jahre einen solchen Beschluss, sondern wir brauchen ihn, bis der Haushalt wieder einmal saniert ist; davon bin ich völlig überzeugt. Befristete Massnahmen gehören nicht in die Bundesverfassung. Es genügt weiß Gott, wenn die Finanzordnung befristet ist, wir müssen nicht befristete Massnahmen in die Bundesverfassung schreiben und dieses schlechte Beispiel weiterführen. Fünf Jahre bedeutet, dass Sie nach drei Jahren bereits wieder eine Vorlage zur Verlängerung machen müssen. Das ist doch wenig sinnvoll. Vor allem ist es nicht glaubwürdig für das Volk, wenn wir jetzt so etwas machen und auf fünf Jahre befristen. Dann hat das Volk den Eindruck, wir wollten ihm Sand in die Augen streuen, und das ist nicht der Zweck der Uebung.

Man soll dafür sorgen, dass man für die Zukunft Massnahmen beschließt, die man durchsetzen kann. Letztlich steht es dem Parlament immer noch frei, wenn es irgendwelche Bedenken hat oder Schwächen sieht, den Verfassungsartikel durch ein Gesetz zu ergänzen und zu präzisieren. Das ist bei jedem Verfassungsartikel möglich.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Raggenbass abzulehnen. Von mir aus gesehen muss ich sagen: Wenn Sie diesen Beschluss befristen, dann hat es gar keinen Sinn, dass wir ihn machen.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Minderheit
Für den Antrag der Mehrheit

75 Stimmen
64 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes
Dagegen

69 Stimmen
56 Stimmen

C. Bundesgesetz über die Sanierungsmassnahmen 1993 C. Loi fédérale sur les mesures d'assainissement 1993

Ordnungsantrag Deiss
Behandlung in Kategorie III

Ordnungsantrag Schmied Walter
Behandlung in Kategorie III

Motion d'ordre Deiss
Traitement en catégorie III

Motion d'ordre Schmied Walter
Traitement en catégorie III

M. Deiss: Vous venez d'approuver dans le vote sur l'ensemble une mesure qui vise à freiner les dépenses et, en particulier, qui indique par là que notre Parlement doit vouer un soin spécial à chaque décision en matière de dépenses. Or, là aussi, nous allons prendre des décisions dans l'arrêté C, qui touchent, pour plusieurs dizaines voire centaines de millions de francs, non seulement les dépenses de la Confédération, mais aussi les finances des cantons et des communes. Là, on ne voudrait même pas une majorité qualifiée, bien sûr, mais on ne voudrait même pas non plus discuter la question. Je pense que, vis-à-vis des cantons et des communes qui seront directement touchés, cela ferait preuve de désinvolture que de passer sous silence ces questions. C'est pourquoi je vous propose de traiter en catégorie III l'arrêté C.

Il y a d'ailleurs un autre argument. Il me semble qu'il est tout de même discutable de modifier en un seul arrêté onze lois diverses et de les exposer toutes en même temps au référendum. Le nombre de propositions qui ont été faites jusqu'à maintenant sur ces divers objets prouve d'ailleurs que ces questions méritent d'être traitées en catégorie III.

La raison principale pour laquelle je vous demande d'accéder à cette demande est que, certes, nous sommes maintenant, avec un zèle particulier, amenés à faire des économies, mais il faut quand même veiller à ce que dans ce geste de parcimonie nous ne partions pas dans la direction d'injustices ou d'inégalités de traitement. J'ai le sentiment que certaines questions mériteraient d'être repensées, pour ne pas créer des inégalités.

C'est pourquoi je vous recommande de traiter en catégorie III l'arrêté C.

M. Schmied Walter: J'ai déposé un amendement à l'article 61 de la loi sur la protection des eaux. Pour être en mesure de développer cet amendement, je suis obligé de vous suggérer de traiter cet arrêté C en catégorie III au vu de notre règlement qui me l'interdit s'il est maintenu en catégorie IV.

Präsidentin: Ich möchte Herrn Schmied darauf aufmerksam machen, dass es möglich ist, einen Antrag schriftlich zu begründen. Herr Seiler Rolf hat das beispielsweise getan.

Abstimmung – Vote
Für den Ordnungsantrag Deiss/
Schmied Walter
Dagegen

offensichtliche Mehrheit
Minderheit

Ordnungsantrag Allenspach
Das Gesetz wird in 11 separate Gesetzesänderungen aufgeteilt

Motion d'ordre Allenspach
La loi doit être divisée en 11 modifications de loi séparées.

Allenspach: Der Bundesrat beantragt, in einem einzigen Bundesgesetz verschiedene referendumspflichtige Bundesgesetze zu ändern, und diese Änderungen betreffen ganz unterschiedliche Rechtsgebiete. Sie betreffen beispielsweise das Gewässerschutzgesetz, das AHV-Gesetz, das IV-Gesetz, das Hochschulförderungsgesetz, das Alkoholgesetz, das Zollgesetz, das Wasserbaugesetz, das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren usw. Es ist nicht möglich, all diese Gesetze auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Die Änderungen visieren auch verschiedene Rechtsinhalte an. Zum Teil sind Kompetenzverschiebungen vorgesehen, zum Teil werden Subventionskürzungen vorgenommen, Bundesbeiträge herabgesetzt, zum Teil werden administrative Änderungen beabsichtigt, zum Teil werden elementare Teile des Sozialversicherungsrechts berührt usw. In einem einzigen Bundesbeschluss wird beispielsweise die freiwillige AHV der Auslandschweizer eliminiert, werden Obst- und Kartoffelproduzenten zusätzliche finanzielle Lasten aufgebürdet, werden die Bundesbeiträge an die kantonale Autobahnpolizei wegbedungen, wird der Bundesrat zur Einteilung des Landes in Zollbezirke ermächtigt usw.

Die Einheit der Materie in diesem Bundesbeschluss fehlt. Würde das, was dieser Bundesbeschluss an Gesetzesänderungen vorschlägt, durch eine Volksinitiative gefordert, müsste diese Volksinitiative mangels Einheit der Materie für ungültig erklärt werden. Müssen wir bezüglich Einheit der Materie das, was wir von Volksinitiativen verlangen, nicht auch von Bundesgesetzen erwarten?

Ich betrachte diese «Sammelpostengesetzgebung» rechtsstaatlich als ausserordentlich fragwürdig. Sie erschwert die Transparenz der politischen Willensbildung und verunmöglicht dem Souverän, seinen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen. Er dürfte nur noch zu einem Gesamtpaket das Referendum ergreifen.

Ueberlegen Sie einmal, wie Sie in einer Volksabstimmung dem Bürger diese 11 so verschiedenen Gesetzesänderungen erklären könnten. Der Bürger wird durch diese «Sammelpostengesetzgebung» in seinen demokratischen Rechten beschränkt, wenn er nur noch das Referendum gegen das Gesamtpaket ergreifen kann. Es ist meines Erachtens nicht statthaft, auf diese Weise die direkte Demokratie und die Entscheidungsrechte des Bürgers zu unterlaufen.

Es ist notwendig, die Bundeskasse zu sanieren. Ich will diesen Sanierungsbestrebungen keine Hindernisse in den Weg legen, und ich gehöre nicht zu den Torpedierern dieser Sanierungsbeschlüsse. Aber diese Sanierungsnotwendigkeit ist kein Grund, die elementaren Regeln der direkten Demokratie ausser Kraft zu setzen. Der Bürger – ich möchte es noch einmal betonen – muss die Möglichkeit haben, zu jeder der vorgelegten Gesetzesänderungen einzeln das Referendum zu ergreifen, muss sie unabhängig von den anderen beurteilen und darüber entscheiden können. Im Eurolex-Verfahren wollte die Verwaltung zu Beginn ebenfalls Paketlösungen und damit die Ausschaltung des Referendumrechts des Bürgers. Das Parlament hat damals zu Recht diese Paketlösung für unzulässig erklärt und jede massgebliche Gesetzesänderung in einen besonderen, referendumsfähigen Bundesbeschluss gekleidet. Im Nationalrat haben wir uns unter Namensaufruf ganz klar für das gesonderte Referendum bei jedem Beschluss ausgesprochen, und damit wären auch frühere Fehltritte korrigiert.

Was bei Eurolex möglich und geboten war, muss auch heute gelten. Ich beantrage deshalb, dass wir dieses Bundesgesetz aufteilen und jede der vorgeschlagenen Gesetzesänderung in einen gesonderten, referendumsfähigen Bundesbeschluss kleiden. Das tönt möglicherweise formalistisch und umständlich, und es werden Vermutungen geweckt, ich wollte die eine oder andere Gesetzesänderung «bodigen». Das ist nicht der Fall. Ich unterstütze ausdrücklich das Sanierungspaket entsprechend den Anträgen der Kommissionsmehrheit. Aber wir dürfen im Rahmen der Sanierungsbemühungen nicht unsere bisherigen gesetzgeberischen Grundsätze über Bord werfen. Aus grundsätzlichen Erwägungen und um unliebsamen Präjudizien von vornherein einen Riegel zu schieben, sollten wir diese Aufteilungen vornehmen. Der Bürger misstraut heute der Classe politique – zu Recht oder zu Unrecht sei hier nicht erörtert. Schränken wir aber sein Referendumsrecht ein, wird und muss er misstrauisch werden.

Ich habe den Weg über einen Ordnungsantrag mit grundsätzlicher Entscheidung gewählt. Stimmen Sie ihm zu, dann wird die Aufteilung des Beschlusses C redaktionell erfolgen können, und es wird jeder einzelne Bundesbeschluss referendumspflichtig, ohne dass wir bei jeder Frage noch einmal darüber abstimmen müssen.

Ich bitte Sie im Sinne rechtsstaatlicher Ueberlegungen und zur Wahrung der politischen Rechte der Bürger, meinem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Marti Werner: Ich beantrage Ihnen, den Ordnungsantrag Allenspach abzulehnen. Wir lehnen diesen Antrag ab, nicht etwa weil wir die demokratischen Rechte des Volkes nicht zu schätzen wüssten oder nicht bereit wären, diesen Nachachtung zu verschaffen. Wir sind aber der Auffassung, dass der Grundsatz der Einheit der Materie gewahrt wird. Das Thema dieses Bundesbeschlusses ist die Sanierung des Bundeshaushaltes, und an diesem Thema hat sich die Einheit der Materie auszurichten.

Die Sanierung des Bundeshaushaltes hat zur Folge, dass in einzelnen Bereichen Eingriffe gemacht werden müssen. Diese Eingriffe stellen aber ein Ganzes dar, und gerade aus dem demokratischen Element heraus muss dieses Gesamtpaket dem Volk als Ganzes unterbreitet werden. Das Ganze muss beurteilt werden: Will man es akzeptieren oder nicht; ist man bereit, einen Eingriff vorzunehmen, weil auch im anderen Bereich ein Eingriff gemacht wird? Die Aufteilung der einzelnen Vorlagen würde eine Verfälschung der Meinungsbildung ergeben. Hinzu kommt, dass dieses Vorgehen absolut üblich ist. Ich erinnere an die Auseinandersetzung über den dringlichen Bundesbeschluss bei der Arbeitslosenversicherung. Dort hatten wir genau die gleiche Situation: Die einen von uns haben der Erhöhung der Bezugszeit auf 400 Tage zugestimmt, die Reduktion des Taggeldes aber abgelehnt. Gleichwohl musste man gegen den gesamten Beschluss das Referendum ergreifen. Genau gleich ist es hier.

Wenn Sie mit den demokratischen Rechten argumentieren, Herr Allenspach, rufe ich Ihnen in Erinnerung, dass Sie der Aufteilung der Mehrwertsteuervorlage in 6,2 und 6,5 Prozent zugestimmt haben, eine Aufteilung, die klar zur Folge hatte, dass der Stimmbürger seinen Willen nicht mehr unverfälscht zum Ausdruck gebracht hat. Sosehr ich Ihre demokratischen Argumente berücksichtige und schätze, so sehr steht diese Argumentation in krassem Widerspruch zum Verhalten, das Sie vor einigen Wochen an den Tag gelegt haben.

Ich ersuche Sie, den Ordnungsantrag Allenspach abzulehnen. Es geht nicht an, dass man dieses Gesamtpaket aufteilt und diejenigen Einzelteile herauspickt, die einem gefallen. Das Volk soll darüber befinden, ob es dieses Gesamtpaket will, ob es eine Einschränkung in diesem oder im anderen Bereich – als Ausgleich dazu allenfalls mehr Beiträge für die Kantone – in Kauf nimmt oder nicht. Das ist der richtige Weg, nicht die Aufteilung in elf Pakete.

Präsidentin: Die CVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie den Ordnungsantrag Allenspach ablehnt.

Frey Walter: Der Ordnungsantrag Allenspach hat der Fraktion nicht vorgelegen. Sie hat in dieser Beziehung auch keinen Entschied gefasst.

Persönlich werde ich den Antrag Allenspach unterstützen; denn meiner Meinung nach handelt es sich hier wohl um ein Gesamtpaket, aber das Parlament hat die Möglichkeit, bei einem dieser Gesetze einzutreten, einzutreten oder nicht einzutreten. Das Volk auf der anderen Seite hat das ihm demokratisch zugesagte Recht nachher nicht mehr, weil man dann wieder ein Paket schnürt.

Im Zweifelsfalle bin ich für die direkten Volksrechte und werde den Ordnungsantrag Allenspach unterstützen.

Fischer-Hägglingen, Berichterstatter: Ich bitte Sie, diesen Ordnungsantrag abzulehnen. Es wird nun mit dem Grundsatz der Einheit der Materie gefochten. Hier ist es fraglich, ob dieses Prinzip auf Gesetzesstufe überhaupt zur Anwendung kommt. Bei der Verfassung ist es klar. Wenn wir aber nun bejahen, dass der Grundsatz der Einheit der Materie zu berücksichtigen ist, dann müssen wir uns nach dem Ziel dieser Vorlage fragen. Und das Ziel dieser Vorlage ist die Sanierung der Bundesfinanzen.

Es wurde auch in der Vergangenheit immer nach diesem Prinzip abgestimmt. Ich möchte Sie an das Bundesgesetz vom 5. Mai 1977 über Massnahmen zum Ausgleich des Bundeshaushaltes erinnern. Damals wurden ebenfalls durch ein einziges Bundesgesetz ganz verschiedenartige Gesetze abgeändert. Ich möchte Sie auch an das Bundesgesetz vom 9. Oktober 1992 über den Abbau von Finanzhilfen und Abgeltungen erinnern. Damals wurden Kürzungen in den verschiedensten Gesetzen – ich glaube, es waren etwa 20 – in einem Zug vorgenommen. Die Situation ist klar: Wir müssen uns bewusst sein, was wir wollen. Wir wollen den Bundeshaushalt sanieren, das ist ein Ziel. Das soll man dem Volk auch so unterbreiten, ihm aufzeigen, dass eben dank der Opfersymmetrie, die wir bei den verschiedensten Gesetzen gewählt haben, der Wille da ist, den Bundeshaushalt zu sanieren. Eine Aufsplittung in elf

Einzelnerlasse würde die Gesamtschau stören, und man könnte bei einzelnen Sparmassnahmen das Referendum ergreifen. So würde das Ziel, den Bundeshaushalt zu sanieren, nicht erreicht.

M. Borel François, rapporteur: M. Allenspach a beaucoup argumenté sur l'unité de la matière. M. Allenspach mélange les genres. L'unité de la matière doit être respectée pour des modifications constitutionnelles. Ca n'a jamais été une exigence pour les modifications législatives. Mais, sur le fond, il est bien clair que nous avons à faire là à un paquet – tout le monde l'a dit dans l'entrée en matière – de mesures d'économies. Il y a unité du point de vue logique et il n'y a aucune raison de ne pas en faire un arrêté unique.

Cela a d'ailleurs été le cas historiquement en 1977 pour la loi fédérale instituant des mesures propres à équilibrer les finances fédérales. En 1977, nous avions les mêmes problèmes. C'était une loi de même type touchant toute une série de domaines. L'année passée, nous avons fait la même chose avec la loi fédérale sur la réduction d'aides financières et d'indemnités, qui touchait toute une série de domaines également. Aujourd'hui, M. Allenspach a oublié de nous dire quelle était la loi particulière contre laquelle il avait l'intention de soutenir un référendum, parce qu'en 1992 – il y a une année – ça ne l'a pas dérangé de voter un paquet similaire. Donc à ce moment-là, dans ce paquet-là, il n'y avait aucun objet qui le dérangeait. Visiblement, sans le dire, il a l'intention de soutenir un référendum concernant un point particulier.

Il est clair qu'ici en plénum nous allons avoir une guerre des tranchées, une loi après l'autre, où les intérêts particuliers seront défendus. Mais, ensuite, le Parlement aura la responsabilité de présenter un projet devant le peuple, qu'il jugera équilibré.

Suivre M. Allenspach, c'est faire en sorte que la guerre des tranchées aille jusqu'au niveau populaire, et je doute à ce moment-là qu'il soit possible de passer devant le peuple la volonté d'économie.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag Allenspach abzulehnen.

Wir haben beispielsweise 1977 das Bundesgesetz über Massnahmen zum Ausgleich des Bundeshaushaltes und 1992 das Bundesgesetz über den Abbau von Finanzhilfen und Abgeltungen gehabt. Herr Allenspach, Sie sind auch dabei gewesen; Sie könnten sich also daran erinnern. Schauen Sie dieses Gesetz von 1992 an: Wir haben zuerst Land- und Forstwirtschaft gehabt, dann Brotgetreide, Zuckerbeschluss, Eisenbahn, Strassenverkehr, Wasserbau usw.

Die Einheit der Materie ist gegeben, wir steuern ein Ziel an, nämlich die Sanierung des Haushaltes. Dieses Ziel ist eine Einheit, denn es sind verschiedene Massnahmen nötig. Man kann dieses Ziel nicht nur mit einer Massnahme erreichen, sondern man muss es eben über verschiedene Dinge realisieren. Deshalb ist Ihr Einwand sachlich nicht richtig – ganz abgesehen davon, dass wir Ihnen ja auch zumuten, Herr Allenspach, dass Sie in der Gesamtstämmung einem Budget zu stimmen, das auch die unterschiedlichsten Ausgabenbeschlüsse, Einnahmen usw. enthält. Sie müssen sich dort auch entscheiden. Man kann auch dem Stimmürger zumuten, dass er sich für oder gegen die Sanierung des Haushaltes entscheidet.

Ich bitte Sie also, den Ordnungsantrag Allenspach abzulehnen. Es würde viel zu weit führen, wenn man jedesmal die Änderung eines Bundesgesetzes durchführen wollte.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Allenspach	56 Stimmen
Dagegen	67 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

1. Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz)

1. Loi fédérale du 24 janvier 1991 sur la protection des eaux (LEaux)

Art. 61

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Theubet, Bühler Simeon, Comby, Oehler, Ruckstuhl, Weder Hansjürg)

.... wenn mit der Erstellung vor dem 1. November 1997

Antrag Schmied Walter

Abs. 1

....

- a. die Abwasserreinigung nach Artikel 10; (unverändert)
- b. die Kanalisation, die anstelle von zusätzlichen Reinigungsmaßnahmen erstellt wird;

....

Antrag Caccia

Abs. 3

.... wenn mit der Erstellung vor dem 1. November 1999

Antrag Deiss

Abs. 3

....

f. (neu) erstmalige Abwasserreinigungsanlagen gemäss Artikel 10 in Landwirtschafts- und Bergregionen mit geringer Bevölkerungsdichte.

Art. 61

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Theubet, Bühler Simeon, Comby, Oehler, Ruckstuhl, Weder Hansjürg)

.... débute avant le 1er novembre 1997

Proposition Schmied Walter

Al. 1

....

- a. installations d'épuration visées à l'article 10; (inchangé)
- b. égouts permettant de renoncer aux moyens complémentaires d'épuration;

....

Proposition Caccia

Al. 3

.... débute avant le 1er novembre 1999

Proposition Deiss

Al. 3

....

f. (nouvelle) premières installations d'épuration selon l'article 10 dans les régions rurales et de montagne avec une densité faible de la population.

Abs. 1 – Al. 1

M. Schmied Walter: D'abord, je tiens à vous remercier d'avoir souscrit à ma motion d'ordre pour me donner la possibilité de développer ici très succinctement les arguments de mon amendement.

J'en viens directement au fait. Le Conseil fédéral et la commission vous proposent de limiter un montant de 35 à 40 millions de francs en matière de protection des eaux. Plus précisément et sous la couverture d'un texte vraiment peu clair, ils vous proposent de ne plus subventionner, du jour au lendemain, les stations traditionnelles d'épuration des eaux.

Cela ne joue pas! Au nom des régions périphériques de Suisse, au nom des cantons montagnards et au nom des communes pauvres, qui jusqu'à ce jour ont été contraintes, malgré elles, de reporter dans le temps la réalisation de leurs stations d'épuration, je vous invite à ne pas suivre le Conseil fédéral et la commission et à souscrire à mon amendement que j'ai déposé sous l'article 61 alinéa premier. Il ne fait que reprendre le texte de loi actuellement en vigueur.

Un bref historique contribuera à davantage de clarté. La loi sur la protection des eaux est entrée en vigueur voici 21 ans, en 1972; cinq ans plus tard, en 1977, première modification par voie d'ordonnance en vue de réduire la longueur des collecteurs principaux; 1980, arrêté fédéral visant à réduire de 10 pour cent le taux de subvention applicable à la protection des eaux; novembre 1992, loi fédérale modifiée qui entre en vigueur; trois mois plus tard, janvier 1993, nouvelle réduction linéaire de moins 10 pour cent par voie d'arrêté; enfin, fin 1993, le Conseil fédéral et aujourd'hui la commission, une année après l'entrée en vigueur de la loi, vous proposent des modifications qui portent notamment sur la suppression pure et simple des subventions à la construction de stations d'épuration conventionnelles. Vouloir souscrire à cette suppression de subventions, c'est cautionner l'injustice au sein du monde politique, c'est cautionner l'inégalité de traitement lors de l'application de la législation parmi le peuple.

Si vous doutez encore du bien-fondé de mes propos, les chiffres suivants vous convaincront peut-être plus aisément. A titre d'exemple, je vous cite le nombre de communes sans installations d'épuration dans les cantons les plus touchés: Uri, trois communes, coût de construction 35 millions de francs; Schwyz, deux communes, coût de construction 3 millions de francs; Grisons, 48 communes, montant des investissements restants 196 millions de francs; Tessin, 93 communes, coût des investissements 400 millions; Valais, 60 communes, coût des investissements 230 millions; Jura, 40 communes, coût des investissements 80 millions.

Vous aurez compris que je ne défends pas ma région, le Jura bernois. Il est raccordé entièrement, lui, à l'exception d'une seule station d'épuration dont le projet est d'ailleurs déjà fielé. Il s'agit pour moi d'un enjeu bien supérieur.

Monsieur le Ministre des finances, j'en appelle à votre sens de l'équité, à votre fibre interne qui vibre si souvent en faveur des plus défavorisés! Les cantons et les communes riches ont été subventionnés grassement. Les autres, plus pauvres, elles, méritent tout autant quelques miettes.

Je conclurai avec cette image: vous êtes un père pour notre patrie. Vous aviez un budget pour habiller et vêtir deux fils. Des excès ont été commis, et le budget a été épuisé pour habiller le premier fils. Cela ne signifie pas que vous êtes libérés de vos responsabilités, et nous non plus, au sein de ce Parlement, au moment d'habiller le deuxième fils.

Je vous invite à souscrire à mon amendement et je vous en remercie.

Columberg: Namens der CVP-Fraktion unterstütze ich den Antrag Schmied Walter. So können wir in diesem Parlament nicht verfahren. Wir hatten letztes Jahr eine Volksabstimmung über das Gewässerschutzgesetz, Herr Finanzminister, und dort hat sich das Volk eindeutig für eine fünfjährige Uebergangsfrist entschieden.

Ich kenne eine ganze Anzahl Gemeinden und Verbände, die im Vertrauen auf diese Volksabstimmung daran sind, Projekte für Gewässersanierungsmassnahmen vorzubereiten; sie sind

daran, aber es ist völlig unmöglich, dass sie bis zum 1. November 1994 mit den Bauten beginnen können. Und nun kommt das Parlament – mit Unterstützung des Bundesrates –, und ruck, zuck wird ein Beschluss gefasst, der diesen Betroffenen keine Möglichkeit mehr gibt, von den Subventionsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, die das Schweizer Volk mit einem eindrücklichen Mehr beschlossen hat. Das ist eine schreiende Diskriminierung jener Gebiete, die mit den Arbeiten noch nicht soweit sind. Sie bemühen sich, sie sind an der Planung, sie können das aber nicht in dieser kurzen Zeit machen.

Es handelt sich vor allem um die schwächeren Glieder unseres Staates, um Randregionen, um Berggemeinden. Und dort sollen die Bürger, die ein bescheidenes Einkommen haben, gemäss Verursacherprinzip diese Infrastrukturaufwendungen bezahlen!

Sie schütteln den Kopf, Herr Finanzminister; Sie halten sich aber gelegentlich auch in diesen Gebieten auf und sollten die Situation kennen. Ich empfinde es als unhaltbar, dass man diesen Einwohnern zumutet, diese Anlagen voll aus dem eigenen Sack zu berappen.

Ich bin einverstanden – wie das Gesetz es vorsieht –, dass man langfristig von dieser Subventionierung weggeht, aber dann muss man doch eine Uebergangsfrist gewähren, und mit fünf Jahren wäre diese Frist angemessen.

Deshalb bitte ich Sie dringend, die Anträge des Bundesrates und der Kommission abzulehnen. Es ist eine ungleiche Behandlung der Schweizer Bürger, und das ist nicht in Ordnung. Ich glaube, der Grundsatz von Treu und Glauben sollte gelten, und darum bitte ich Sie dringend, dem Antrag Schmied Walter und anderen Anträgen, die in diese Richtung gehen, zuzustimmen.

Fischer-Hägglingen, Berichterstatter: Es wird nun das Argument vorgebracht, dass in der Vergangenheit gewisse Leute Beiträge erhalten hätten und dass solche Beiträge in Zukunft nicht mehr ausbezahlt würden. Dies sei ungerecht.

Wir können diese Sanierungsmassnahmen vergessen, wenn wir die Bundesbeiträge nicht zurückstufen und eine gewisse Schlechterstellung in Kauf nehmen. Das ist der Sinn der Vorlage, die Lasten in diesem Staat neu zu verteilen.

Zur vorgeschlagenen Änderung: Ich muss Sie daran erinnern, dass es hier darum geht, dass in Zukunft nur noch diejenigen Kläranlagen subventioniert werden, die Einrichtungen beschaffen, die über die Grundausstattung hinausgehen, also vor allem dann, wenn die moderne Wasserreinigung mit Nitrifikation, Denitrifikation, Flockungfiltration eingeführt werden soll. Dafür werden weiterhin Bundesbeiträge ausbezahlt.

Bei der Grundausstattung ist man der Auffassung, dass hier eine neue Philosophie, eine neue Politik spielen soll, indem die Grundausstattung gemäss Verursacherprinzip bezahlt werden muss, also durch Abwassergebühren, Reinigungsgebühren. Ich glaube, diese Massnahmen sind angezeigt. Ich muss Sie wieder daran erinnern, dass auch dieses Thema mit den Kantonen ausdiskutiert worden ist.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Schmied Walter abzulehnen.

M. Borel François, rapporteur: Economiser, c'est choisir des priorités, ce qui a évidemment pour conséquence qu'un certain nombre de gens sont touchés. M. Schmied Walter l'a rappelé: la loi date de 21 ans. Il est permis de faire de nouveaux choix de priorités au bout d'une génération. Un nouveau principe est entré en vigueur durant ces 20 ans, c'est celui du pollueur payeur. La proposition que nous vous faisons, c'est que l'épuration des eaux normales soit assujettie à ce principe du pollueur payeur et que la Confédération n'intervienne que dans le cas de déchets spéciaux pour des dépôts d'intérêts nationaux et pour les épurations poussées, dans des cas tout à fait spéciaux aussi.

Nous vous invitons donc à suivre la commission et le Conseil fédéral.

Je vous rappellerai que nous avons parlé d'une enveloppe de 1,5 milliard de francs que nous sommes censés économiser, mais au niveau des lois que nous allons modifier nous ne parlons que de 640 millions de francs. Le solde, la grosse moitié, est de la compétence du Conseil fédéral dans le cadre de ses

ordonnances et de son plan financier. Si nous voulons que le Conseil fédéral tienne pour la grosse moitié de ces mesures d'assainissement, il faut que nous donnions l'exemple sur la petite moitié, qui est de notre compétence.

Si nous commençons maintenant à renoncer à cette économie, ces 640 millions qui vous sont proposés vont fondre comme neige au soleil et la petite moitié va représenter peut-être à la fin des coupes de 300 millions. Ne comptons pas alors sur le Conseil fédéral pour être ferme à propos de la grosse moitié restante, et nous n'aurons pas atteint l'objectif qui était d'assainir les finances fédérales pour au minimum 1,5 milliard de francs.

Je vous invite vivement, déjà maintenant, à suivre la commission et le Conseil fédéral et à rejeter la proposition Schmied Walter.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, den Antrag Schmied Walter abzulehnen.

Wenn Sie davon ausgehen, dass man einmal beschlossene Dinge ad infinitum weiterführen muss, dann könnten Sie natürlich geradesogut darauf verzichten, Eintreten auf diese Vorlage zu beschliessen; denn es geht immer darum, etwas, was einmal beschlossen war, zurückzunehmen, zu reduzieren, et-was vernünftiger zu gestalten.

Es ist natürlich völlig «daneben», was Herr Columberg hier erzählt hat; denn gerade für die Berggebiete, für die Randregionen haben wir ja Erleichterungen geschaffen, auch in Artikel 15 der Allgemeinen Gewässerschutzverordnung, indem dort festgehalten ist, dass für die Anschlusspflicht nicht mehr zwingend diese 30 Einwohnereinheiten gelten, sondern nur, dass der Anschluss nur zweckmäßig sei, «wenn er sich einwandfrei und mit normalem baulichem Aufwand herstellen lässt», und dass er nur zumutbar sei, «wenn die Kosten für vergleichbare Anschlüsse innerhalb der Bauzone nicht wesentlich überschritten werden». Man hat also hier einiges ge- lockert, um nicht unnötige Kosten zu verursachen.

Aber letztlich gilt es hier, nun trotz allem dem Verursacherprinzip Rechnung zu tragen. Wir können nicht weiterhin alles subventionieren, wie wir das bis heute gemacht haben. Wer Wasser braucht, wer es verschmutzt, der soll das selber bezahlen. Wir möchten die zentralen Abwasserreinigungsanlagen nicht mehr durch den Bund subventionieren, sondern die Verursacher das bezahlen lassen.

Herr Columberg, ich muss Ihnen auch sagen: Sie haben von einer Uebergangsfrist gesprochen. Sie haben sich deshalb beklagt. Aber Herr Schmied Walter verlangt keine Uebergangsfrist, sondern er verlangt, dass das Bisherige ohne jede Diskussion beibehalten wird. Das ist nicht möglich. Wenn wir etwas ändern wollen, dann müssen wir bestehende Gesetze ändern. Wir können nicht jedem Schweizer garantieren, dass alles, was einmal gewesen ist, auch in Zukunft so bleiben wird. Das ist nicht möglich.

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Columberg: Ich mache nur selten vom Instrument der persönlichen Erklärung Gebrauch. Dennoch muss ich feststellen, dass meine Ausführungen nicht «völlig daneben» waren. Herr Bundesrat Stich spricht von kleinen Höfen. Was passiert aber mit den Gemeinden mit mehr als 35 Einwohnern, die gemäss Gesetz verpflichtet sind, eine Abwasserreinigungsanlage zu erstellen? Alle Gemeinden in diesem Land konnten bisher Abwasserreinigungsanlagen mit bedeutenden Bundesmitteln erstellen. Und jetzt sollen diese 300 Gemeinden, die noch nicht soweit sind, diese Anlagen aus der eigenen Tasche berappen müssen. Das ist eine ungleiche Behandlung!

Herr Schmied Walter verlangt, dass das Gesetz, das letztes Jahr vom Volk angenommen worden ist und eine fünfjährige Uebergangsfrist vorsieht, weiterhin gelte. Ich bin einverstanden mit Herrn Finanzminister Stich, dass Gesetze gelegentlich angepasst werden müssen. Hier handelt es sich aber um ein neues Gesetz, das diese Sparmassnahmen bereits beinhaltet!

M. Borel François, rapporteur: Les communes concernées sont tenues par la loi, c'est vrai; elles y sont tenues depuis 21 ans, et elles ont jusqu'à la fin de l'année prochaine pour commencer les travaux si elles veulent toucher les subventions.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

64 Stimmen

Für den Antrag Schmied Walter

43 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

M. Theubet, porte-parole de la minorité: La révision de lois au titre de mesures d'assainissement supplémentaires est un exercice indispensable, nous en convenons. Toutefois, il faut faire en sorte que cet exercice n'engendre pas des inégalités de traitement ou des injustices dans quelque domaine que ce soit. N'oublions pas que, dans les périodes difficiles surtout, la solidarité entre les collectivités publiques est le meilleur ciment de notre Etat fédéraliste. N'oublions pas non plus que les cantons et les communes, dont la situation financière n'est globalement pas meilleure que celle de la Confédération, doivent continuer à assumer les nombreuses tâches que leur a imposées cette dernière. Ainsi, on l'a rappelé tout à l'heure, dès 1972 la Confédération a édicté un nombre impressionnant de prescriptions visant la protection des eaux. Ce développement législatif s'est paradoxalement accompagné d'importantes mesures d'économies portant notamment sur des réductions des taux de subvention.

Les nouvelles économies envisagées toucheront particulièrement les cantons de montagne et les cantons ruraux, qui pâtissent déjà de retards considérables dans le versement des contributions fédérales à la protection des eaux. Avec les modifications proposées, les installations pour l'épuration des eaux et l'élimination des déchets ne seraient pratiquement plus subventionnées dans les cantons de montagne et les petits cantons car, pour eux, il s'agit d'installations modestes. D'autre part, les stations d'épuration classiques ne seront plus subventionnées alors que des équipements complémentaires très sophistiqués pour les grandes stations le seront encore.

De ce point de vue, cette proposition est discutable, puisqu'elle permet de maintenir le subventionnement des grandes stations qui se trouvent dans des régions très peu peuplées et qui, par conséquent, bénéficient d'un financement relativement aisés, alors que les petites stations engendrent des coûts spécifiques plus élevés que la moyenne suisse. Ensuite, et c'est la mesure que nous entendons atténuer, le délai de cinq ans serait ramené à deux ans, soit au 1er novembre 1994, dans moins d'une année. Le délai de cinq ans était déjà trop court pour les cantons concernés. La proposition de le diminuer encore est indéfendable. Les pertes de subventions qu'elle entraînerait pour les communes se chiffreraient par dizaines de millions de francs; on vous en a donné la liste tout à l'heure. Leurs programmes d'épuration des eaux seraient bloqués, les charges financières consécutives à ces nouvelles dispositions étant trop lourdes pour les collectivités locales. Pour des raisons évidentes, les cantons ne pourraient pas se substituer à la Confédération.

J'aimerais encore insister sur le fait que l'anticipation du terme ultime pour le subventionnement des installations pénaliserait d'une façon inopportun les cantons de montagne où les caractéristiques topographiques sont telles que les mesures techniques d'assainissement des eaux sont proportionnellement plus coûteuses que dans les régions du Plateau. De plus, les communes qui seraient ainsi le plus durement frappées se trouvent dans les régions où actuellement sévit le taux de chômage le plus élevé. La conséquence serait que l'on créerait dans le pays des territoires où la loi pour la protection des eaux ne serait plus appliquée par les communes, et cela, non par leur faute, mais par manque d'équité.

Nous sommes donc d'avis que la mesure envisagée doit être atténuée dans ses effets de manière à ne pas engendrer des

cas de rigueur, aussi bien sur le plan financier que sur le plan de la protection de l'environnement. C'est pourquoi nous proposons de reporter la période transitoire au 1er novembre 1997, c'est-à-dire à la date prévue par la loi modifiée. Je suis convaincu que, ce faisant, on ne porterait pas un coup fatal au programme d'assainissement. D'ailleurs, sur un plan global, les économies prévues au niveau du budget fédéral sont toutes relatives puisque les montants ainsi épargnés seront en fait reportés sur les cantons, sur les communes et, ultérieurement, sur les propriétaires. Enfin, je tiens à préciser que, compte tenu des autres interventions sur ce point, notre proposition de maintenir la période transitoire à cinq ans apparaît comme une solution de compromis raisonnable qu'il faut, pour le moins, accepter.

C'est dans cet esprit, en plus de la nécessité impérative de maintenir l'égalité de traitement dans ce domaine, que je vous demande de soutenir la minorité de la commission.

M. Caccia: Je vous fais une proposition, à l'article 61 alinéa 3, de prolonger de deux ans le délai de validité du subventionnement des ouvrages d'épuration des eaux. Le refus de la proposition Schmied Walter tout à l'heure rend ma proposition encore plus opportune. Je vous la fais sur la base de l'expérience du canton du Tessin, mais elle vaut aussi pour d'autres cantons, on l'a déjà entendu auparavant. Je la fais aussi sur la base de mon expérience personnelle en qualité de directeur du Département cantonal de l'environnement, poste que j'ai occupé pendant dix ans, entre 1977 et 1987.

Dans la deuxième partie des années septante, je me suis trouvé avec une planification des ouvrages d'épuration des eaux, approuvée par la Confédération, qui prévoyait la réalisation d'ouvrages pour quelque 2 milliards de francs en dix ans environ, ouvrages à projeter et à réaliser par les communes, bien entendu. C'était de toute évidence une planification absolument irréaliste, soit du point de vue des possibilités opérationnelles des communes, soit du point de vue des finances de celles-ci. Mais cette planification n'était aussi pas raisonnable pour le canton, soit du point de vue de ses finances, soit du point de vue de sa politique économique. En effet, le canton, dans les années septante et huitante, était très engagé dans la construction des routes nationales, qui prenait environ un quart des investissements nets du canton.

En 1978, on a eu une terrible inondation avec un demi milliard de francs de dégâts au Tessin. On a dû aménager des programmes urgents avec des subventions fédérales nettement insuffisantes. On a dû souvent anticiper les subventions fédérales aux communes des vallées touchées par les dégâts, pour les ouvrages de protection. On a dû récupérer encore des retards dans la mise en place d'infrastructures forestières. Quelle a été la conséquence logique? On a refait la planification des ouvrages d'épuration des eaux avec des priorités plus claires et on a décidément renvoyé les ouvrages des zones périphériques peu densément peuplées. On a même bloqué les travaux de planification et les projets dans ces régions périphériques en disant clairement qu'il n'était pas question de verser des subventions au canton jusque dans les années noires. En tout cas, il faut dire encore que les subventions fédérales n'étaient pas disponibles pour ces régions, vu qu'elles étaient de toute façon nettement insuffisantes. On peut démontrer clairement cette situation avec le cumul de quelque 457 millions de francs de subventions fédérales non payées jusqu'à ce jour. Et la semaine passée, pour améliorer la situation, on a encore réduit ce poste dans le budget en augmentant davantage encore le retard.

Je suis d'accord avec M. Borel François, rapporteur de la commission, qu'il faut faire à un certain moment un choix des priorités. Il faut choisir des nouvelles priorités, et je n'ai absolument rien contre cela, mais il s'agit à ce moment là, si l'on veut une solution radicale et correcte, de revoir les priorités dans la loi fédérale sur la protection des eaux en déclarant que ces ouvrages d'épuration des eaux dans les zones périphériques ne sont plus nécessaires ou, en tout cas, ne sont plus prioritaires et on supprime alors l'obligation pour ces communes de les réaliser. Ca, c'est un choix de priorités clair, cohérent et logique. Mais si on maintient l'obligation de réaliser ces ouvrages

tout en limitant davantage le budget annuel pour les subventions, on ne peut pas attendre des communes financièrement faibles des régions périphériques qu'elles poussent la réalisation de ces ouvrages.

Je vous demande donc, après les décisions qui ont été prises encore ce matin, de reporter au 1er novembre 1999 le délai mentionné à l'alinéa 3 de l'article 61. C'est la conséquence logique et cohérente de nos décisions budgétaires.

M. Deiss: Contrairement à ce que l'on pourrait croire à la suite de mes interventions concernant le budget, je n'ai pas d'intérêts directs dans cette question puisque la commune que je préside est assainie. En revanche, la Confédération lui doit de l'argent.

La raison de mon intervention, à ce niveau, est un souci de cohérence d'abord et d'équité ensuite. Tout d'abord, au plan de la cohérence: en 1991, en modifiant la loi sur la protection des eaux, on a annoncé aux communes que la Confédération allait restreindre son aide en la matière. On a dit aux communes qu'on ne voulait plus subventionner les canalisations, en tout cas à partir de 1997 – c'était l'alinéa 2 qui devient l'alinéa 3 dans notre projet. En revanche, pour ce qui est des stations d'épuration elles-mêmes, qui se trouvent à l'alinéa premier de cet article actuellement, on leur avait indiqué une volonté de maintenir la pratique de subventionner.

Ce que nous sommes en train de faire maintenant, c'est de dire aux communes l'inverse puisqu'on continuera en tout cas encore, si on admet l'amendement de la minorité Theubet, de subventionner les canalisations jusqu'en 1997. Par contre, on dit à ces mêmes communes: pour ce qui est des stations d'épuration, contrairement à ce que l'on vous avait promis, c'est à partir de tout de suite, ou presque, que l'on va arrêter le subventionnement.

Ce que je vous propose est probablement la réparation d'un oubli puisqu'à l'alinéa 3, on devrait au moins mentionner – et je vous soumets une lettre f à cet effet: «f. les premières installations d'épuration selon l'article 10 dans les régions rurales et de montagne avec une densité faible de la population.» Ceci donnerait non pas une possibilité durable de subventionnement comme le voulait la proposition Schmied Walter, mais en tout cas permettrait aux communes, dans un délai raisonnable, de faire face à leurs engagements.

La deuxième raison est une raison d'équité. On nous l'a dit: il y a 300 communes qui risquent de ne pas être subventionnées du tout pour leur première installation d'épuration. Alors que d'autres, d'après les dispositions que nous mettons en place maintenant, vont pouvoir passer deux fois à la caisse, puisqu'on trouvera probablement, surtout parmi les communes qui sont déjà assainies, celles qui bénéficieront des subventions pour les mesures spéciales. Car le Conseil fédéral envisage de limiter les contributions fédérales pour la protection des eaux aux seuls ouvrages et installations nécessaires à la déphosphatation poussée, la nitrification et la dénitrification des eaux usées dans les stations d'épuration et on aura donc désormais les cantons où l'épuration poussée est nécessaire et ceux où elle ne l'est pas.

Le hasard veut que la première catégorie de ceux qui ont besoin d'une épuration poussée soient justement ceux qui ont déjà bénéficié de l'aide pour leur premier assainissement et qui sont en général les régions plus favorisées. En revanche, les cantons qui sont situés en amont de nos lacs surtout, et où les besoins, notamment de l'élimination de l'azote, ne sont pas si importants, ne toucheront pas de subventions. Pour cette raison, je pense que cette procédure est inéquitable puisqu'elle permet à certaines régions, contrairement au principe du pollueur payeur qu'on veut mettre en place, d'être subventionnées à deux reprises et à d'autres pas du tout. Et qu'on ne vienne pas, Monsieur Borel, reprocher aux communes d'être en retard! Il est vrai qu'elles ont eu 21 ans pour le faire, mais de tels reproches, la Confédération pourra se les permettre le jour où elle sera à jour elle-même, avec le versement de ses subventions.

Or, il est vrai que la Confédération ne parvient pas à suivre, même le rythme ralenti qu'on reproche maintenant aux communes, puisqu'il y a 457 millions de francs d'arriérés de sub-

ventions. J'estime que cet argument-là, on pourra l'utiliser lorsque la Confédération pourra faire face, elle-même, à ses promesses en la matière. Car il faut bien voir que pour les communes, il est difficile, lorsque les finances sont serrées, de s'engager dans des investissements importants, où, il est vrai et il faut le reconnaître, la participation fédérale et cantonale est souvent très importante, si on n'est pas sûr de pouvoir trouver les liquidités au bon moment.

C'est pourquoi la proposition que je vous soumets a l'avantage de ne pas aller à l'encontre des mesures d'assainissement ou de la volonté d'assainissement que nous devons manifester, mais de permettre aux communes qui doivent encore s'assainir de le faire dans un délai raisonnable.

C'est pourquoi je vous recommande, à la fois, de soutenir les propositions Theubet ou Caccia, d'une part, puisque, sans délai, cela n'a pas de sens et, d'autre part, ma proposition à la lettre f puisque ce délai sans matière n'a pas de sens non plus.

Bühler Simeon: Die finanzkräftigeren Kantone waren in der Lage, die Gewässersanierung bis heute weitgehend abzuschliessen. Insbesondere die finanzschwächeren und dünnbesiedelten Bergkantone konnten die Sanierung noch nicht abschliessen. Wenn nun aufgrund dieser Sparübung die Unterstützung durch den Bund wegfällt, schaffen wir eine gewaltige Ungerechtigkeit. Die einen konnten sämtliche Sanierungen mit Bundesunterstützung durchführen, während die anderen nur für einen Teil die Bundesunterstützung erhielten und für den restlichen Teil jetzt selber aufkommen müssen. Diese Ungerechtigkeit haben Sie leider mit der Ablehnung des Antrags Schmied Walter bereits beschlossen. Besonders stossend ist, dass ausgerechnet die finanzstärkeren Kantone für nahezu sämtliche Bereiche Bundesmittel beanspruchen konnten, während die anderen jetzt die Sache selber berappen müssen. Von rechtsgleicher Behandlung kann wahrhaftig nicht gesprochen werden.

Um das Prinzip der Rechtsgleichheit wenigstens einigermaßen aufrechterhalten zu können, möchte ich Sie dringend bitten, der Minderheit Theubet zuzustimmen. Damit wird den Kantonen wenigstens die Möglichkeit gegeben, während den kommenden drei Jahren im Bereich der Sammelkanäle noch etwas aufzuholen. Es ist nämlich keineswegs so, dass die Kantone die Sanierung nicht durchführen wollten, sondern es fehlten diesen Kantonen und Gemeinden ganz einfach die finanziellen Mittel dazu.

Ich bitte Sie daher dringend, dem Minderheitsantrag Theubet zuzustimmen. Mit der Fassung des Bundesrates kann nämlich bereits die Wirksamkeit dieser Subvention auf 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt werden. Eine angemessene Uebergangsfrist wäre daher dringend nötig, und mit dem Antrag Theubet schaffen Sie diese Uebergangsfrist.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

M. Epiney: Dans le but de s'arroger en douceur de nombreuses prérogatives au préjudice des cantons, la Confédération assortit sa mainmise législative de subventions généreuses, notamment dans le domaine de la protection des eaux. Avec le déficit actuel, il est compréhensible que l'Etat fédéral réduise ses prestations progressivement et redéfinisse en même temps le rôle qu'il entend jouer dans le futur.

La proposition du Conseil fédéral de supprimer abruptement les subventions à la construction de stations d'épuration des eaux constitue toutefois une mesure inadmissible, choquante, à la limite de la dignité. En effet, pour rétablir l'état de ses finances, la Confédération doit agir certes sur ses dépenses, mais à doses homéopathiques et non pas par une coupe sèche, précédée, de surcroît, d'aucun avertissement raisonnable, et contraire à la promesse figurant dans une loi fédérale présentée au peuple.

La collecte des eaux usées et leur traitement en région de montagne sont, on vous l'a dit, particulièrement difficiles à mettre en place et coûteux à aménager. Ces collectivités doivent faire face très souvent à des investissements disproportionnés par rapport à leur capacité financière, et c'est la raison pour laquelle elles n'ont pas pu, à ce jour, totalement s'équiper. La Confédération doit, dès lors, et c'est la moindre des

choses, fixer un délai raisonnable, comme le font les propositions qui vous sont soumises, pour permettre à ces collectivités d'aménager l'équipement de base et, au terme de ce délai, la Confédération pourra alors se désengager. Mais supprimer d'un coup de plume les subventions à la construction des stations d'épuration puis des canalisations revient à pénaliser les régions déjà défavorisées géographiquement et qui n'ont pas pu s'équiper, tout simplement parce que la topographie des lieux rendait très souvent insupportables de tels investissements, et aussi parce que ces collectivités devaient faire face à d'autres investissements prioritaires, notamment dans le domaine scolaire ou routier.

Dès lors, au nom du groupe démocrate-chrétien, je vous demande de suivre les différentes propositions qui viennent de vous être faites, de manière à ce que la Confédération ne se désengage pas de manière sauvage, inéquitable et choquante alors qu'elle a promis, à travers la loi sur la protection des eaux, de faire en sorte que, dans ce pays, on prenne enfin, en matière d'environnement, quelques mesures efficaces, c'est-à-dire créer des stations d'épuration pour assainir nos eaux. Admettre le contraire reviendrait tout simplement à refuser une des seules mesures efficaces que nous avons réussi à prendre dans ce pays en matière de protection de l'environnement.

Fischer-Hägglingen, Berichterstatter: Es sind drei Anträge gestellt worden. Ich möchte zuerst zum Antrag Deiss Stellung beziehen. Hier könnte man ein gewisses Verständnis haben, betrifft doch dieser Antrag entwicklungsschwache Gebiete und Bergregionen. Trotzdem beantrage ich Ihnen im Namen der Kommission, nicht darauf einzutreten.

Die neue Gewässerschutzverordnung ist auf den 1. Dezember 1993 in Kraft getreten und bringt bezüglich Anschlusspflicht an die zentralen Abwasserreinigungsanlagen Erleichterungen. Die flexiblere Ausgestaltung der Anschlusspflicht hat zur Folge, dass ohne grosse Einbusse bezüglich Schmutzgrad auf die Erstellung verschiedener aufwendiger Projekte verzichtet werden kann; dies gilt insbesondere für die vom Antragsteller anvisierten Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte. Entsprechend dürften sich auch die zu erwartenden finanziellen Belastungen der Kantone und Gemeinden in Grenzen halten.

Zum Antrag Caccia: Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen. Wir machen ein Sanierungsprogramm, und Herr Caccia möchte noch weiter gehen, als im jetzigen Gesetz vorgesehen wurde. Jetzt ist im Gewässerschutzgesetz eine Uebergangsfrist von 5 Jahren festgehalten; Herr Caccia möchte diese Uebergangsfrist auf 7 Jahre erweitern. Es ist natürlich nicht der Sinn der heutigen Uebung, die Ausgaben des Bundes noch zu erhöhen. Wir haben über diese Problematik seinerzeit beim Gewässerschutzgesetz diskutiert und damals die Frist von 5 Jahren festgesetzt.

In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse geändert, und darum ist der Bundesrat zur Ueberzeugung gekommen – und mit ihm auch die Kommissionsmehrheit –, dass es vertretbar ist, eine Verkürzung der Frist vorzunehmen, wie sie in der neuen Vorlage enthalten ist – immer unter dem Gesichtspunkt der neuen Ausrichtung, dass in Zukunft das Prinzip der Eigenverantwortung stärker im Vordergrund stehen und das Verursacherprinzip Anwendung finden soll. Das ist vielleicht hart für die Regionen, die noch Anlagen bauen müssen, aber wir müssen zu irgendeinem Zeitpunkt mit der Anpassung beginnen. Darum bitte ich Sie, vor allem den Antrag Caccia abzulehnen, aber auch den Antrag Deiss und den Minderheitsantrag Theubet.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, alle drei Anträge abzulehnen. Der Minderheitsantrag Theubet möchte im Grunde genommen schlicht und einfach den heutigen Zustand aufrechterhalten und nichts ändern, mit der Begründung, die Uebergangsfrist werde verkürzt.

Man muss sich bewusst sein, dass das Gesetz aus dem Jahre 1987 stammt. Wir haben angenommen, dass die Uebergangsfrist, wenn sie im Jahre 1988 beschlossen worden wäre, im Jahre 1993 abgelaufen wäre. Das Gesetz ist dann erst viel, viel später in Kraft gesetzt worden.

Sie sehen auch hier und heute die unterschiedlichen Interessen. Die Leute in den Berggebieten und alle andern haben genau gewusst, dass es eine Begrenzung gibt. Sie haben sechs Jahre Zeit gehabt, sich hier anzupassen. Deshalb sollte man die Uebergangsfrist nicht aufrechterhalten, sonst kommen wir nicht dazu, auch nur etwas einzusparen.

Noch extremer ist der Antrag Caccia, der bei diesem Gesetz die Uebergangsfrist noch einmal verlängern will. So können wir die Bundesfinanzen nicht sanieren, Herr Caccia! Ich denke, insgesamt hat der Bund über dreissig Jahre lang Erstanlagen subventioniert. Ich möchte das auch Herrn Deiss sagen. Einmal muss hier ein Ende sein. Wir haben sehr viel erreicht; die Leute haben Zeit gehabt. Vielleicht sind gerade Kleinanlagen noch nicht gebaut worden; aber dort ist es dann auch sinnvoll, wenn man auf die Bundessubventionen verzichtet, damit man sich wirklich überlegen muss, was zweckmäßig ist, und nicht überall solche Anlagen baut.

Ich bitte Sie, alle abweichenden Anträge abzulehnen. Wir haben ein Ziel: uns von Aufgaben zu befreien. Hier bei den Erstanlagen möchte der Bund eben erreichen, dass diese Anlagen in Zukunft durch Abgaben gemäss dem Verursacherprinzip gebaut und finanziert werden.

M. Caccia: Je veux favoriser la votation et le succès de la proposition de minorité Theubet. Je retire donc ma proposition, mais je voudrais quand même faire une remarque à l'adresse de ceux qui ont quelque problème à comprendre la langue française.

Ich finde die praktizierte Logik schon merkwürdig: Wir kürzen die Subventionen im Budget, und dann verlangen wir von finanziell schwachen Regionen und schwachen Gemeinden, dass sie rascher arbeiten. Als für diesen Bereich verantwortlicher Regierungsrat habe ich aufgrund von Finanzmängeln und Finanzknappheit in Kantonen und auch bei den Bundessubventionen in den siebziger und achtziger Jahren gerade diesen Regionen und Gemeinden den Hinweis gegeben, sie sollten nichts unternehmen, weil für sie auf keinen Fall Mittel zur Verfügung stünden. Nachdem sie diese Arbeiten und Projektierungsarbeiten vertagt haben, kommen wir jetzt mit diesen Beschlüssen und begehen damit den Gemeinden gegenüber eigentlich ein grosses Unrecht.

Le président: M. Caccia a retiré sa proposition.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	54 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag Deiss	45 Stimmen
Dagegen	69 Stimmen

Art. 62 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Deiss

....

c. Buchstaben a bis d und f;

....

Art. 62 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Deiss

....

c. lettres a à d et f;

....

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

Schlussbestimmung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Disposition finale

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

2. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)

2. Loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants (LAVS)

Antrag der Kommission

Rückweisung an den Bundesrat

mit der Auflage, folgende Punkte zu überprüfen:

- freiwillige Versicherung für Schweizer mit Wohnsitz im Ausland in Staaten, mit welchen die Schweiz noch keine Versicherungsabkommen hat;
- verstärkte Solidarität der Auslandschweizer bei der Festlegung der Beiträge an die freiwillige Versicherung;
- Berücksichtigung des «Diplomatenproblems» auf der Basis der Gleichstellung mit den übrigen Auslandschweizern;
- Auslandschweizerinnen und -schweizer sollen durch den Tod des Ehepartners oder Scheidung nicht existentiell gefährdet werden (Beitragslücken).

Eventualantrag der Kommission

(falls der Rückweisungsantrag abgelehnt wird)

Art. 1 Abs. 1 Bst. d (neu)

d. Die Schweizer Bürger mit Privilegien und Immunitäten gemäss den Regeln des Völkerrechts, welche im Ausland im Dienst der Eidgenossenschaft tätig sind, sowie deren nichterwerbstätigen Ehegatten.

Art. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 62 Abs. 1

Der Bundesrat errichtet eine Ausgleichskasse für das Personal der Bundesverwaltung und der Bundesanstalten. Er kann sie zuständig erklären für die Versicherung der nichterwerbstätigen Ehegatten, welche gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d versichert sind.

Schlussbestimmungen

Abs. 1

Auslandschweizer, welche am in der freiwilligen Alters- und Hinterlassenenversicherung versichert waren, können diese während zehn Jahren weiterführen.

Abs. 2

Auslandschweizer werden aus der freiwilligen Versicherung ausgeschlossen, wenn sie ihre Verpflichtungen trotz Mahnung nicht erfüllen.

Abs. 3

Die erworbenen Rechte der freiwillig Versicherten bleiben gewahrt.

Abs. 4

Der Bundesrat erlässt ergänzende Vorschriften über die freiwillige Versicherung; er ordnet namentlich den Rücktritt und den Ausschluss sowie die Erhebung der Beiträge und die Gewährung der Leistungen. Er kann die Dauer der Beitragspflicht sowie die Bemessung und Anrechnung der Beiträge den Besonderheiten der freiwilligen Versicherung anpassen.

Proposition de la commission

Renvoi au Conseil fédéral

en le priaient de réexaminer les points suivants:

- assurance facultative pour les Suisses domiciliés à l'étranger dans des Etats n'ayant pas de convention d'assurance sociale avec la Suisse;
- solidarité renforcée des Suisses de l'étranger dans la fixation des cotisations de l'assurance facultative;

- prise en compte du «problème des diplomates» sur la base de l'égalité avec tous les autres Suisses de l'étranger;
- les Suisseuses et les Suisses ne doivent pas être menacés dans leur existence matérielle par la mort du conjoint ou par le divorce.

Proposition subsidiaire de la commission

(en cas de rejet de la proposition de renvoi)

Art. 1 al. 1 let. d (nouvelle)

d. les Suisseuses et les Suisses bénéficiant de priviléges et d'immunité selon les règles du droit des gens, et travaillant à l'étranger pour le compte de la Confédération ainsi que leur conjoint sans revenu lucratif.

Art. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 62 al. 1

Le Conseil fédéral créera une caisse de compensation pour le personnel de l'administration fédérale et des établissements fédéraux. Il peut la déclarer compétente pour affilier les conjoints non actifs assurés en vertu de l'article premier alinéa premier lettre d.

Dispositions finales

Al. 1

Les ressortissants suisses résidant à l'étranger, qui étaient assurés dans l'assurance-vieillesse et survivants facultative au, peuvent continuer cette assurance pendant dix ans.

Al. 2

Les ressortissants suisses résidant à l'étranger seront exclus de l'assurance facultative si, malgré sommation, ils ne remplissent pas les obligations qui leur incombent.

Al. 3

Les droits acquis des personnes assurées facultativement sont garantis.

Al. 4

Le Conseil fédéral édicte les prescriptions complémentaires sur l'assurance facultative; il fixe notamment les conditions de résiliation ou d'exclusion de l'assurance et règle la perception des cotisations ainsi que l'octroi des prestations. Il peut adapter les règles concernant la durée de l'obligation de verser les cotisations, le mode de calcul et la prise en compte des cotisations aux particularités de l'assurance facultative.

Fischer-Hägglingen, Berichterstatter: Ich habe Ihnen bereits beim Eintreten die Gründe dargelegt, warum die Kommission zur Auffassung gelangt ist, dass dieses Bundesgesetz zur Ueberarbeitung an den Bundesrat zurückzuweisen ist. Es geht vor allem darum, dass man denjenigen Auslandschweizern, die in Ländern wohnen, mit denen die Schweiz kein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat, in irgendeiner Form die Möglichkeit bietet, sich der schweizerischen Sozialgesetzgebung, also der AHV/IV, anzuschliessen. Auf der anderen Seite sind wir mit dem Bundesrat der Meinung, dass diese freiwillige AHV/IV reformiert werden muss und dass hier das Prinzip der Solidarität besser zum Tragen kommen muss. Wir glauben, dass eine Lösung gefunden werden kann, die sowohl für die Finanzen günstiger wird als auch den Bedürfnissen der Auslandschweizer in Ländern ohne Sozialversicherungsgesetz entspricht und den Betroffenen die notwendige soziale Absicherung bringt.

Darum bitten wir Sie, dieses Gesetz zurückzuweisen. Wenn Sie dieser Rückweisung zustimmen, hat das zur Folge, dass man dieses Gesetz aus dem Paket herausnehmen muss, weil wir es nicht in der Vorlage behalten können, die in die Schlussabstimmung kommt und an den Ständerat geht. Wir bitten dann den Bundesrat, die entsprechenden Änderungen vielleicht im Paket III vorzubringen, damit wir doch in absehbarer Zeit in bezug auf die freiwillige AHV/IV eine richtige und gute Lösung finden.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Rückweisung.

M. Borel François, rapporteur: Nous vous proposons, au nom de la commission, de renvoyer cet objet au Conseil fédéral.

Il y a un aspect formel encore: nous vous proposons en parallèle de sortir le point 2 du paquet C, parce que si nous ne faisons pas l'ensemble du paquet C, il ne pourra pas être transmis au Conseil des Etats. Il y a donc deux décisions que nous vous soumettons: premièrement, renvoi au Conseil fédéral du point 2; deuxièmement, sortir le point 2 du paquet C pour que le Conseil fédéral puisse réétudier la question et le Conseil des Etats puisse, en parallèle, examiner l'ensemble des autres propositions.

Nous vous proposons le renvoi pour les raisons suivantes: la première raison, c'est que nous avons dit dans le débat d'entrée en matière qu'un quart des Suisses de l'étranger concernés résident dans des pays où la sécurité sociale est mal organisée. Il faudrait donc trouver une solution pour le quart des Suisses de l'étranger.

Ensuite, nous avons dit également que la solidarité des Suisses de l'étranger, en matière de paiements de leurs cotisations, n'est pas idéale, c'est le moins qu'on puisse dire, et il faudrait trouver une solution dans ce domaine.

Ensuite, il y a des statuts spéciaux. Les conjoints de diplomates doivent avoir une sécurité sociale qui est assurée, y compris en cas de divorce ou de mort du conjoint. Il s'agirait aussi de mettre sur pied d'égalité ceux qui, pour des raisons professionnelles en tant que diplomates, doivent se rendre à l'étranger et ceux qui, pour des raisons professionnelles, mais en tant que représentants de l'économie, doivent se rendre à l'étranger.

Pour toutes ces raisons, nous attendons du Conseil fédéral un projet plus équilibré. Nous avions voté un renvoi de même nature dans la discussion concernant l'Espace économique européen; une solution analogue devrait pouvoir être trouvée ici.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, hier nicht Rückweisung an den Bundesrat zu beschliessen. Formell müssen Sie Streichung beantragen, wenn Sie diese Änderung nicht in diesem Gesetz haben und sie auf ein späteres Gesetz verlegen möchten. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass es hier noch gewisse Probleme zu lösen gibt. Aber ich möchte Sie darauf hinweisen: Wir haben ein Zweikammersystem, und dem Bundesrat ist es möglich, bis zur Behandlung im Ständerat die nötigen Hinweise zu geben und die Anträge zu unterbreiten. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie das heute behandeln würden – mit allem Vorbehalt und mit Ihren Vorstellungen –, denn es ist eine Notwendigkeit, dass wir das tun. Wir sollten nicht zuwarten und es auf das nächste Sanierungsprogramm verschieben.

Deshalb bin ich dafür, dass Sie dieses Gesetz nicht herausstreichen und nicht Rückweisung beschliessen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

offensichtliche Mehrheit

Dagegen

Minderheit

3. Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung

3. Loi fédérale du 19 juin 1959 sur l'assurance-invalidité

Antrag der Kommission

Mehrheit

Nichteingehen

Minderheit

(Fischer-Hägglingen, Aregger, Bonny, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Dreher, Frey Walter, Hess Peter)
Eintreten

Proposition de la commission

Majorité

Ne pas entrer en matière

Minorité

(Fischer-Hägglingen, Aregger, Bonny, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Dreher, Frey Walter, Hess Peter)
Entrer en matière

Frey Walter, Sprecher der Minderheit: Da sich Herr Fischer-Hägglingen als Kommissionssprecher profiliert, übernehme ich seinen Minderheitsantrag und möchte Sie bitten, auf die-

ses Gesetz einzutreten. Man kann es sehr einfach machen: Ich zitiere – ich habe vorher die Erlaubnis eingeholt – aus dem Protokoll unserer Verhandlungen in der Kommission Herrn Bundesrat Stich: «Bei der zur Diskussion stehenden Massnahme geht es um die Gleichstellung von IV- und AHV-Rentnern, um die klare Trennung von IV und AHV. Es geht hingegen nicht um die Kürzung der IV-Renten. Es werden immer wieder Einsparungen auch im Sozialbereich gefordert. Dieser Forderung wird hier mit der Abschaffung der Einviertelsrente, welche ohnehin umstritten ist, nachgekommen. Der Bundesrat wird nur einmal mit derartigen Vorschlägen kommen.»

Herr Hafner Rudolf hat dann eingewendet, dass diese Kosten einfach auf die Kantone überwälzt, für den Bund insgesamt aber nicht abgeschafft werden. Herr Stich hat auch hier meiner Meinung nach die einfache und richtige Antwort gefunden: Ein Platz in einem Invalidenheim kostet 0,5 Millionen Franken pro Jahr; für ältere Leute ist diese Unterbringung im Sinne einer Eingliederungsmassnahme nicht mehr sinnvoll, für jüngere hingegen schon.

Natürlich ist es ein delikates Geschäft, aber es geht um die Gleichstellung von IV- und AHV-Rentnern.

In diesem Sinne glaube ich, dass man hier eintreten darf.

Frau Grossenbacher: Der von der Minderheit vorgesehene Leistungsabbau auf dem Buckel der IV-Bezüger, die das AHV-Alter erreicht haben, wäre katastrophal. Wir würden damit zum Beispiel bei der Betreuung von geistig Behinderten in Zustände des 19. Jahrhunderts zurückfallen. Denn behinderte Menschen bleiben invalid und hilfsbedürftig, auch wenn sie das AHV-Alter erreicht haben. Deshalb kann man diese nicht gleichsetzen.

Denken Sie zum Beispiel an Blinde, körperlich oder geistig Behinderte! Sie alle brauchen Betreuung von geschultem Personal und haben Anrecht, in ihrer angestammten Umgebung zu bleiben. Bei Annahme des Minderheitsantrages riskieren diese Menschen, umgepflanzt zu werden, d. h., ein seit Jahren liebgewonnenes Daheim zu verlieren und zudem nicht mehr ihrer Behinderung entsprechend betreut und aktiviert zu werden.

Dank den Fortschritten der Medizin und der Betreuung werden auch schwerbehinderte Menschen immer älter. Eine Erhebung im Kanton Zürich zeigte kürzlich auf, dass schon heute 10 Prozent der Heimbewohner im oder kurz vor dem AHV-Alter sind. Es kann in Anbetracht der demographischen Entwicklung erwartet werden, dass sich dieser Anteil in den nächsten 10 bis 15 Jahren verdoppeln wird. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, fügte der Gesetzgeber im Jahre 1987 die Besitzstandgarantie gemäss Absatz 3 ein, damit eine kontinuierliche Betreuung der Behinderten im AHV-Alter ermöglicht wird. Ebenfalls 1987 ist Artikel 74 um einen Absatz ergänzt worden. Hier geht es darum, dass Betreuung und Beratung der Behinderten und ihrer Angehörigen auch im AHV-Alter gewährleistet sind. Gerade im Alter verschärfen sich Mobilitäts- und Kommunikationsprobleme von Blinden und Gehörlosen. Mit einer fachlichen und intensiven Beratung und Betreuung durch Fachkräfte können diese Menschen ihre Selbständigkeit länger bewahren, und ein frühzeitiger Heimeintritt kann vermieden werden. Sechs Jahre später will man wegen der Einsparung von 50 Millionen Franken diese Fortschritte rückgängig machen!

Ich bitte Sie im Namen der CVP-Fraktion, der Mehrheit zuzustimmen, denn diese Sparübung ist unmenschlich.

Suter: Ich spreche hier für die Mehrheit der FDP-Fraktion und bitte Sie, der Mehrheit der Finanzkommission zu folgen und auf diesen Beschluss hier nicht einzutreten. Warum?

Die Begründung, wie sie für den Minderheitsantrag vorgebracht worden ist – das ist jedenfalls der Schluss, den ich ziehe –, leuchtet nicht ein. Vielleicht haben Sie nicht genau studiert, was vorgeschlagen wird. Was nämlich vorgeschlagen wird, trägt nichts bei, um Einsparungen zu realisieren.

Vorgeschlagen werden letztlich buchhalterische Massnahmen, indem die Kosten für IV-Rentner, die das AHV-Rentalter erreicht haben, auf die AHV umgebucht werden. Wir wissen ja, wie die AHV und die IV finanziert werden; hier einfach das

eine Buch mit dem anderen auszutauschen, bringt keine Einsparung – im Gegenteil, es wird sogar Mehrkosten hervorrufen.

Stellen Sie sich einmal die Praxis vor, wie jetzt diese Abgrenzungen vorgenommen werden! Sie haben Langzeit-Pflegefälle, die beispielsweise in einem Wohnheim leben. Ihre Heimkosten sind bisher bis zum 65. respektive bis zum 62. Altersjahr durch die Invalidenversicherung finanziert worden; und nun, mit dem Eintritt ins Rentenalter, werden sie von der AHV übernommen. Vielleicht müssen diese Langzeitpatienten sogar das Heim verlassen, werden also ihrem angestammten Umfeld entrissen, um dann in einem anderen Heim plaziert zu werden. Diese Umstellung ist sicher nicht kostensparend, und auf anderen Seite wird sie für die Betroffenen sehr, sehr mühsam sein. Das kann Ihnen jedermann oder «jedefrau» bestätigen, die mit solchen Betreuungsfällen – die ein Leben lang betreut und gepflegt werden müssen – zu tun haben.

Etwas ganz anderes ist die Kostenentwicklung in der Invalidenversicherung. Das ist ein Problem, und der Bundesrat schlägt auch zu Recht vor, dass auf den 1. Januar 1995 die IV-Beiträge um 0,2 Prozent angehoben werden, was aber mit den Minderausgaben bei der Erwerbsersatzordnung kompensiert werden kann.

Das weitere: Bei diesem ganzen Fragenkomplex über den Kostenanstieg, der im Zuge der Rezession entstanden ist – wir haben heute viel mehr IV-Rentner, viel mehr IV-Anmeldungen; das steht im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit vieler Behinderte –, ändern Sie mit diesen Vorschlägen gar nichts. Das Problem ist weiterhin offen. Ich möchte das nur gesagt haben, damit man nicht zwei Dinge verwechselt, die miteinander nichts zu tun haben.

Eine letzte Bemerkung: Aufgehoben werden sollen auch die ambulanten medizinischen Behandlungen, die die Invalidenversicherung – medizinische Massnahmen sind für die IV eine Ausnahme – gewähren kann. Diese Massnahmen sind kostensparend, indem sie sich in das Spitex-System einordnen und dazu beitragen, dass Behinderte nicht stationär behandelt werden müssen. Was heißt das? Wenn Sie sparen wollen, müssen Sie nicht noch ambulante Behandlungen abschaffen, sondern vielmehr die ambulanten Behandlungsmassnahmen ausbauen. Auch diese Sparmassnahme ist somit untauglich und wird nichts zum angestrebten Ziel beitragen.

Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit der Finanzkommission zu folgen.

Le président: Le groupe socialiste communique son soutien à la proposition de la majorité.

M. Borel François, rapporteur: Je remercie M^{me} Grossenbacher et M. Suter qui ont très bien plaidé le dossier de la majorité de la commission.

Je citerai le message du Conseil fédéral qui dit: «Il s'agira d'éviter dans la mesure du possible une réelle réduction des prestations.» Donc, a priori, M^{me} Grossenbacher ne devrait pas s'inquiéter, le Conseil fédéral n'a pas l'intention de faire des économies dans ce secteur. On ne réduira pas les prestations. C'est l'argument principal de la commission: il n'est pas dans l'intention du Conseil fédéral, en tout cas l'affirme-t-il, de faire des économies sur les prestations. On veut faire simplement payer à l'AVS ce que, jusqu'ici, payait l'AI.

Alors, il est vrai que les finances de l'AI touchent de plus près les finances de la Confédération que celles de l'AVS. Si nous créons des difficultés financières à l'AVS, elles viendront, un peu plus tard, créer des problèmes aux finances de la Confédération. Mais nous avons déjà chargé, dans le paquet financier No 1, l'AVS de dépenses supplémentaires en diminuant nos subventions à l'AVS. Nous pouvons continuer à utiliser cette réserve de l'AVS, qui existe, c'est vrai, en disant que, de toute manière, il y aura un grave problème vers l'an 2000–2005, et à ce moment-là, quand ce problème sera un peu plus important ou un peu moins, cela n'aura guère d'importance. Ce raisonnement n'est pas valable. Transférer une dépense du compte AI au compte AVS sans faire d'économie, ce n'est pas une mesure d'économie raisonnable, et c'est la

raison principale qui amène la commission à vous proposer de ne pas entrer en matière.

Ensuite, un certain nombre de propositions que vous fait le Conseil fédéral, par ailleurs, ont pour avantage d'amener des simplifications administratives. Ici, si l'on entend ne pas baisser les prestations – et c'est ce que prétend le Conseil fédéral –, cela amènera des complications administratives. Je cite à nouveau le message: «En raison des dispositions législatives actuelles, l'AI finance des subventions pour la construction et l'exploitation d'établissements, d'ateliers et de homes, indépendamment de l'âge des personnes qui y sont placées.» Donc, pour certaines tâches typiquement AI, on ne se préoccupe pas de savoir l'âge des personnes concernées on étudie le dossier et l'on verse ou l'on ne verse pas les subventions concernant les constructions ou l'exploitation.

Si l'on suit le projet du Conseil fédéral, les mêmes institutions pourront, à ce moment-là, demander l'appui à la fois de l'AI pour les personnes invalides non en âge AVS et des prestations à l'AVS pour les autres personnes, celles qui auront atteint l'âge AVS. Il faudra faire chaque année un décompte: tant de personnes de moins de 62 ou 65 ans, tant de personnes ayant l'âge AVS et l'on fera deux demandes de subventions à deux organismes différents pour obtenir ce que l'on obtenait maintenant avec l'étude d'un seul dossier. On va compliquer administrativement sans faire aucune économie.

Nous vous invitons donc à ne pas entrer en matière sur les propositions du Conseil fédéral.

Bundesrat Stich: Ich beantrage Ihnen, die Minderheit zu unterstützen und damit dem Bundesrat zu folgen. Ich weiß, es ist sehr schwierig, wenn man beim Invalidenversicherungsgesetz etwas ändern will. Aber hier korrigieren wir etwas, das 1986, also im ersten «Schönwetterjahr» nach 15 Defizitjahren, eingefügt worden ist. Wir möchten diese Einfügungen aus dem Jahre 1986 wieder herausnehmen.

In Artikel 73 des Invalidenversicherungsgesetzes heißt es: «Die Versicherung gewährt Beiträge an die Errichtung, den Ausbau und die Erneuerung von öffentlichen und gemeinnützigen privaten Anstalten und Werkstätten, die in wesentlichem Umfang Eingliederungsmassnahmen durchführen.»

Das ist für Invalide im erwerbstätigen Alter sehr wichtig und sehr richtig. Aber es ist auch klar, dass Anstalten, die primär der Wiedereingliederung dienen, natürlich eine andere Ausstattung haben als Anstalten, die auf eine Wiedereingliederung verzichten müssen, weil keine Voraussetzung dazu da ist. Weil diese Plätze teurer sind, finden wir, man sollte diese Beiträge für Personen, die nicht mehr im erwerbstätigen Alter sind, die also bereits eine Altersrente bekommen, nicht mehr gewähren. Da erübrigen sich Wiedereingliederungsmassnahmen; deshalb haben wir versucht, das herauszunehmen.

In Artikel 74 geht es im Prinzip um das gleiche. Dort heißt es: «Die Versicherung gewährt den Dachorganisationen der privaten Invalidenhilfe und den Ausbildungsstätten für Fachpersonal der beruflichen Eingliederung Beiträge» Für die berufliche Eingliederung kann man keine Beiträge mehr einsetzen, wenn die Leute im Rentenalter sind.

Aber diese Gebäude sind natürlich teurer. Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit und dem Bundesrat zuzustimmen und nicht einfach nein zu sagen, weil es um eine Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes geht. Das ist eine zweckmäßige Maßnahme.

Le président: Je vous rappelle que, formellement, il ne s'agit pas de voter sur une proposition de ne pas entrer en matière, mais de décider de biffer ou de ne pas biffer ce chiffre.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

84 Stimmen
53 Stimmen

4. Bundesgesetz vom 22. März 1991 über die Hochschulförderung (Hochschulförderungsgesetz)

4. Loi fédérale du 22 mars 1991 sur l'aide aux universités (Loi sur l'aide aux universités)

Art. 7 Abs. 1 erster Satz

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 7 al. 1 première phrase

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

5. Zollgesetz vom 1. Oktober 1925

5. Loi fédérale du 1er octobre 1925 sur les douanes

Art. 132

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

M. Comby: Le groupe radical est favorable à la réforme préconisée par le Conseil fédéral dans le domaine de la restructuration des arrondissements des douanes.

Toutefois, j'aimerais attirer votre attention, Monsieur le Conseiller fédéral, sur deux points – j'ai eu l'occasion de le dire au sein de la Commission des finances:

1. Cet effort de restructuration administrative est finalement le seul exemple qui figure dans ce deuxième paquet de mesures d'assainissement des finances de la Confédération. Vous me direz que c'est déjà quelque chose, c'est vrai, mais il ne faudrait pas que le Conseil fédéral s'arrête en si bon chemin; dans le troisième paquet d'économies, le Conseil fédéral devrait faire plusieurs propositions dans le sens d'une restructuration, d'une réorganisation administrative, de la Confédération.

2. Le problème de la localisation de l'arrondissement de Suisse romande. Le Conseil fédéral propose de supprimer quelques arrondissements, deux sur les six qui existent actuellement, et d'en faire un seul pour la Suisse romande. J'aimerais vous demander, Monsieur Stich, que le Conseil fédéral prenne contact avec les cantons de Suisse romande pour trouver la meilleure localisation de ce siège de direction d'arrondissement, qui va desservir l'ensemble de la Suisse romande. A mon avis, c'est la ville de Lausanne qui est la mieux située, mais c'est un problème qui doit être discuté avec les cantons directement intéressés de Suisse romande. C'est la raison pour laquelle j'insiste sur la nécessité de prendre les contacts avec les cantons concernés, avant que la décision ne tombe.

C'est dans ce sens que je souhaitais faire mon intervention, chers amis Genevois.

Bundesrat Stich: Ich kann die beiden Antworten sehr rasch geben. Ich wäre Herrn Comby sehr dankbar, wenn er die erste Bitte an meine Kollegen richten würde. Ich habe verschiedene in meinem Departement reorganisiert, und es steht meinen Kollegen auch absolut das Recht zu, ähnliche Vorschläge zu machen. Ich bitte Sie, Ihre Wünsche an meine Kollegen zu richten.

Zum zweiten: Es ist natürlich ganz selbstverständlich, dass wir mit allen betroffenen Kantonsregierungen Kontakt aufnehmen. Ich kann Ihnen sagen, dass gestern die Vertretung der Waadtländer Regierung bei mir gewesen ist. Heute nachmittag wäre die Vertretung der Bündner Regierung zu mir gekommen, aber ich habe leider absagen müssen, weil ichannehme, dass ich noch bei Ihnen beschäftigt sein werde und sie deshalb nicht empfangen kann. Die Genfer Regierung und die Walliser Regierung haben uns auch schon geschrieben. Wir werden diese Briefe natürlich sehr höflich und sachkundig beantworten und die Gründe unserer Entscheidung darlegen.

Sie haben nur dem Bundesrat die Kompetenz zu geben, die Zollpreise selber festzulegen.

Angenommen – Adopté

6. Milchwirtschaftsbeschluss vom 16. Dezember 1988

6. Arrêté du 16 décembre 1988 sur l'économie laitière

Art. 16

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Tschuppert Karl: Mir wurde von meiner Fraktion für eine kurze Erklärung zu dieser Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses die Zeit abgetreten.

Im Rahmen des Sanierungsprogramms für den Bundeshaushalt hat der Bundesrat beschlossen, die Strukturverbesserungsbeiträge für die Käseproduktion ab 1995 zu streichen. Obwohl sie Gatt-konform sind und eigentlich nicht ohne Not preisgegeben werden sollten, finde ich mich damit ab. Ich möchte Ihnen aber zu bedenken geben, dass eine Studie in den wichtigsten Käseabnahmeländern zeigt, dass der in- und ausländische Käsekonsument unsere Produkte wegen ihrer Qualität, Natürlichkeit und Tradition schätzt. Mit der Käseherstellung in Betrieben der gleichen Größenordnung, wie sie im Ausland betrieben wird, können die heutigen Wettbewerbsvorteile wegfallen, da kaum damit zu rechnen ist, dass sich die Wertschöpfung von industriell gefertigtem, aus Pastmilch hergestelltem Hartkäse verbessern würde.

Die zurzeit laufende Studie «Strategien Rohmilchkäse» der ETH Zürich befasst sich eingehend mit diesen Fragen, und ich hätte erwartet, dass man zuerst deren Ergebnisse abgewartet hätte, bevor man eine Gesetzesänderung vornimmt. Ich befürchte, dass die jetzt vorliegende Gesetzesänderung bereits in kurzer Zeit zu einem Bumerang werden könnte. Es hätte meiner Meinung nach genügt, vorläufig nur die Kredite zu streichen. Man hätte nicht auch noch das Gesetz ändern sollen, das dann künftig – wenn notwendig – nur noch mühsam wieder korrigiert werden kann. Wird nämlich weiterhin auf gezielte Strukturverbesserungsmassnahmen verzichtet, ist zu erwarten, dass der Trend sehr schnell in Richtung zentrale Grossbetriebe gehen wird, und diese Entwicklung kann, wie an vielen Beispielen im Ausland festgestellt werden kann, negativ ausfallen. Das habe ich Ihnen zuhanden des Protokolls mitteilen wollen.

Bundesrat **Stich**: Ich bitte Sie, dem Bundesrat auch hier zuzustimmen. Wir können nicht immer warten, bis auch der letzte Verband zusätzliche Abklärungen getroffen hat, bevor er endlich etwas tut. Wir kennen diese Situation, es bestehen hier Probleme. Aber auf der anderen Seite muss auch die Käseproduktion lernen, in der Produktion auf eigenen Füßen zu stehen. Wir müssen auch dazu kommen, nicht gleichzeitig alles zu tun. Dass man hier weiter Geld ausgibt, ist nicht sehr sinnvoll, denn das führt zu keinem vernünftigen Einsatz der finanziellen Mittel.

Angenommen – Adopté

*Die Beratung dieses Geschäfts wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr
La séance est levée à 12 h 30*

Sanierungsmassnahmen 1993

Mesures d'assainissement 1993

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.12.1993 - 08:50
Date	
Data	
Seite	2386-2399
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 490